

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Anzeigenbeilage Leben, Willen, Kund...
Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Tel. 3405.
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: St. Jungferstraße 14, Tel. 1769.
Veröffentlichung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Inserate werden die 6spaltige Feilzeile mit 20 Bl. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen ab 10. Januar müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 30.

Dresden, Dienstag den 6. Februar 1912.

23. Jahrg.

Die bayrischen Landtagswahlen.

Das Gredesultat der bayrischen Landtagswahlen, die gestern stattgefunden haben, ist folgendes:

| | | |
|--------------------|-----|-------------|
| Zentrum | 86 | (bisher 96) |
| Bund der Landwirte | 4 | (bisher 16) |
| Liberalen | 87 | (bisher 24) |
| Sozialisten | 30 | (bisher 22) |
| Bauernbündler | 6 | (bisher 3) |
| | 163 | (163) |

Es geht aus dem Ausfall der Wahlen hervor, daß das Zentrum und die mit ihm verbündeten Konserwativen und Bauernbündler eine schwere Niederlage erlitten haben. Leider sind aber die Erfolge der Antizentrumsparteien nicht groß genug gewesen, um die bisherige Zentrumsmehrheit in eine Minderheit zu verwandeln. Zur Bildung einer Mehrheit gehören im bayrischen Landtage 82 Abgeordnete. Das Zentrum zusammen mit dem Bund der Landwirte verfügt über 90 Sitze, also über 8 mehr, als zur Bildung einer Majorität unbedingt notwendig wären. Die Zentrumsmehrheit ist allerdings sehr stark zusammengeklammert, da im vorigen Landtage das Zentrum und seine Verbündeten 82 Mandate mehr besaßen, als zu einer Mehrheitbildung nötig sind. Besonders schwer haben es die Herrschaften vom Bund der Landwirte haben müssen, daß sie als Hilfspartei des Zentrums in den Kampf gezogen sind. Von den 16 Mandaten, die sie bisher gehabt haben, haben sie nur ganze 4 behalten.

Das Zentrum und Konserwativen bei den Landtagswahlen Verluste erleiden würden, war nach dem Ausfall der Reichstagswahlen zu erwarten, zumal zwischen Sozialdemokraten, Liberalen, bayrischem und deutschem Bauernbund ein Wahlbündnis zustande gekommen war. Nach dem Ausfall der Wahlen scheint es, daß das Wahlbündnis im allgemeinen von den Kandidaten der beteiligten Parteien eingehalten worden ist.

Unsere Genossen in Bayern dürfte es nicht leicht gefallen sein, schon im ersten Wahlgange mit Barriren ein Wahlbündnis abzuschließen, die uns sonst in höchstem Maße gegenüberstehen. Aber die Art des bayrischen Wahlsystems, nach dem die relative Mehrheit entscheidend ist, machte ein Wahlbündnis notwendig. Jeder Sozialdemokrat muß sich darüber klar sein, daß ein dauerndes Zusammengehen der Sozialdemokratie mit einer anderen Partei nicht möglich ist und daß sich schließlich die bürgerlichen Parteien zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen werden. Aber das schließt nicht aus, daß wir in bestimmten Fällen uns mit den einen Parteien gegen die anderen verbünden, um freie Bahn für unsere Kämpfe zu schaffen. In Bayern handelte es sich darum, die auf einem ungerechten Wahlrecht beruhende Herrschaft der Zentrumsmehrheit zu brechen. Waren doch auf das Zentrum bei den vorigen Landtagswahlen nur 44 Prozent und bei den Reichstagswahlen nur 38 Prozent der Stimmen entfallen. Wenn das erstbeste Ziel noch nicht erreicht ist, so besteht doch die Hoffnung, daß über kurz oder lang der wahrhaft unerbittlichen Zentrumsherrschaft ein Ende gemacht wird.

Wie bereits berichtet ist, hat das bayrische Ministerium gestern dem Reichstag eine Demission eingereicht. Es wird dazu bemerkt: Es steht zu erwarten, daß der Reichstag die Demission annimmt und heute Ministerpräsidenten Todewitls erneut mit der Kabinettbildung beauftragt wird. Die Neubildung des Kabinetts wird sich voraussichtlich in der Form vollziehen, daß die sämtlichen leitenden Mitglieder des Ministeriums mit Ausnahme des Finanzministers von Platz und des Reichsanwaltens von Frauendorfer verbleiben werden. Ueber die Verbleibenden, die als Ersatz für die beiden ausgeschiedenen Minister in Frage kommen, deuten zurzeit lediglich Vermutungen doch darf man annehmen, daß durch die Konstitution des Kabinetts seine Zusammenfassung eine gewisse Veränderung in der Richtung erfahren wird, die die Demokratisierung im Sinne einer reinloislerativen Politik stärker als bisher in die Erscheinung tritt.

Das Ministerium hat zwar den Landtag gegen das Zentrum aufgebracht, hat aber nicht den Mut gehabt, energisch gegen das Zentrum Stellung zu nehmen. Erst vor einigen Tagen hat es, nachdem eine große Sozialdemokratenversammlung in München sich gegen eine Sozialdemokratenverleumdung in München sich gegen eine Versammlung von nur fünf Stimmen für den Reichstag mit allen Konsequenzen erklärt hat, eine Kundgebung erlassen, daß sie das Zentrum der Parteien für die Sozialdemokratie fernwegwände. Und das, trotzdem es dem Ministerium klar sein mußte, daß eine solche Abstimmung mit der Sozialdemokratie eine Zurückbildung des Programms nicht möglich wäre. Der Ausfall der Wahlen dürfte nun zu Folge haben, daß das Ministerium von den dem Zentrum nicht genehmen Ministern gereinigt wird, und zunächst die Ministerien unter so ziemlich unumstößlich in Bayern regieren. Allerdings während die Herrlichkeit wohl nicht mehr dauern. Die Herren von dem Zentrum werden schon durch ihre Art der Regierung dafür sorgen, daß immer weitere Kreise des Volkes gegen sie mobil gemacht werden.

Kolonialpolitische Demoralisation.

Die demoralisierende Wirkung der kapitalistischen Kolonialpolitik ist überraschend schnell in den Amtshandlungen des neuen Staatssekretärs für die Kolonien zutage getreten. Herr Solf scheint es eilig zu haben mit der Beweisführung, daß er in keiner Weise aus den ausgetretenen Blut- und Schmutzgefäßen Spuren seiner Amtsvorgänger werden wird. Zeugnis dafür legt der Ufaß gegen die Ehen zwischen Weissen und eingebornen Frauen ab, den er seinem früheren Verwaltungsbezirk Samoa als Abkühlungsgefäß vom grünen Tisch in Berlin aus zugeschickert hat. Denn dieses unbillige Eheverbot ist genau nach dem Vorbild gearbeitet, durch welches die beiden Kaiserlichen Dornburg als Staatssekretär und Schulmann als Gouverneur die vielgepriesene deutsche Kulturmission in Südwestafrika diskreditiert haben. Selbstredend gibt sich auch gleich ein nationalliberales Blatt zur Rechtfertigung dieses barbarischen Erlasses her. Die Kölnische Zeitung bringt nämlich folgende offizielle Mitteilung:

„Widereien sind vielfach zwischen den kleineren weissen Ansehlichen und samoanischen Mädchen vorgekommen. Die Erfahrung, daß bei solchen Ehen die Kinder vorzugsweise die schlechtesten Stammeigenschaften der Eltern erben, und daß durch sie eine minderwertige Klasse großgezogen wird, hat in den verschiedenen Kolonialreichen einen starken Widerstand gegen solche Verbindungen hervorgerufen. In Samoa trat auch noch als besonders unerwünschte Folge hinzu, daß häufig mit Samoanerinnen verheiratete Leute auf den tieferen Kulturstand der Eingeborenen hinuntergezogen wurden, und daß die Kinder, gegebenenfalls die Weissen, die durch die Heirat das volle deutsche Bürgerrecht erlangt hatten, zum Schaden des deutschen Ansehens ganz und gar in das Samoanertum zurückfielen. Um ein weiteres Umsichgreifen solcher Verhältnisse zu verhindern, ist nunmehr durch Verordnung des Staatssekretärs die Heirat zwischen Eingeborenen und Weissen grundsätzlich verboten worden. Es wird damit der Gefahr des sogenannten „Versauertens“ der Weissen entgegengetreten, die vor allem wegen der durch sie herbeigeführten Schädigung des deutschen Ansehens von dem besten Teile der Kolonie als sehr bedenklich erkannt wurde.“

Dah dem Herrn Solf die Verbindungen zwischen Weissen und Samoanerinnen von jeher unerwünscht gewesen sind, geht aus seinen früheren Auslassungen hervor. Aber doch irgend ein Vorurteil aus unverständlicher Eifersucht, redigiert noch immer nicht, daß wir mit den Polzeimitteln dazwischen kommen. Vom allgemein menschlichen Standpunkt aus ist die Sozialistische Beweisführung ebenfalls ganz hinlänglich. Sie geht von einer Anschauungswelt aus, die im Mittelalter auch in Europa die Ehen der Herrschaft und den Fingern verbot; sie paßt aber zu unseren modernen Anschauungen ebensowenig wie die Drogenverbrennung oder das Recht der ersten Nacht. Sie schändet den deutschen Namen, erniedrigt die Samoanerinnen und das ganze samoanische Volk und läßt rückwirkend einen verwerflichen Einfluß aus auf Denken und Empfinden der Leute, die so etwas anordnen oder in Deutschland auch nur stillschweigend billigen.

Um die ganze Tragweite dieser unverantwortlichen Sollerei ermessen zu können, muß man die in Samoa tatsächlich bestehenden Verhältnisse ins Auge fassen. In Samoa zählte am 1. Januar die gesamte weisse Bevölkerung 181 ledige und verwitwete Männer und 45 ledige und verwitwete Frauen. Verheiratet waren 62 Männer mit anwesenden und 7 mit abwesenden weissen Frauen. Tagelohn waren 81 Männer verheiratet mit farbigen Frauen. Die Heirat mit farbigen Frauen ist also bei weitem überwiegend in Brauch.

An Kindern aus weissen Ehen waren 22 männlichen und 23 weiblichen Geschlechts vorhanden. Tagelohn zählte die samoanische Bevölkerung insgesamt 88 478 Personen, darunter Männer 10 120, Frauen 66 638 und Kinder 13 730. Daneben gab es noch Chinesen: 1352 Männer und 1 Frau und eingewanderte Südseeinsulaner von anderen Inseln: 800 Männer.

Die Mischlingsbevölkerung (also Abkömmlinge von weissen Männern und farbigen Frauen) betrug gleichzeitig: 20 erwachsene Männer, 190 erwachsene Frauen, 282 männliche und 311 weibliche Kinder. Die große Zahl der Kinder im Verhältnis zur Zahl der Erwachsenen erklärt sich natürlich daraus, daß darunter auch die Kinder aus gemischten Ehen einbezogen sind. Die Mischlingsbevölkerung vermehrt sich stärker als die samoanische und die weisse.

Der bestehende Zustand ist also der, daß die einwandernden weissen Männer aller Nationalitäten sich mehr mit Samoanerinnen als mit weissen Frauen verheiraten. Dazu kommen dann noch die nicht in der Statistik erfaßten Konfubinate der zahlreichen ledigen Männer mit den Samoanerinnen. Alles das, ob es nun einem preussischen Eurokraten angenehm oder unangenehm erscheint, ist aber das natürliche Ergebnis der Kolonisierung eines fernabliegenden Tropenlandes durch eine europäische Macht.

Ueber diese Verhältnisse ist Herr Solf auch vollkommen klar. In der Sitzung der Vorkommmission vom 24. März 1911 warnte er vor der Verheiratung von deutschen Kleinrentnern nach Samoa, da das Land seines Klimas wegen nicht geeignet sei für Europäer; Samoa sei klimatisch ebenso

zu bewerten wie die übrigen tropischen Kolonien und wirke ebenso auf den langangelegenen Europäer ein wie diese, wenn es auch keine Malaria hätte. Weiter führte er aus:

„Der Kleinrentner wolle draußen eine zweite Heimat haben. Er wolle sich einen Hausstand gründen, eine Frau nehmen und Familie haben. Eine weisse Frau zu heiraten, sei aber kostspielig. Ausgeschlossen sei es für ihn, sich oder seiner Frau zur Erholung einen längeren Aufenthalt in einem kühleren Klima zu gönnen oder gar seine Kinder zur Erziehung nach der Heimat zu senden. So wählten seine Kinder unter den Samoanern auf und entwickelten sich zu degenerierten Vertretern unserer Rasse. Die meisten Kleinrentner heirateten aber nicht weisse Frauen, sondern Samoanerinnen oder Mischlingsmädchen und schufen dadurch eine Halbblutbevölkerung. Der Gegner des Halbblut sei, dürfe nicht Freund der Kleinrentner sein, denn beides gehe Hand in Hand.“

Unter den Weissen, die sich mit Samoanerinnen verheiraten, gibt es aber nicht nur Kleinrentner, sondern Kinderrentner aller Art: kaufmännische Angestellte und Beamte. Die meisten von ihnen sind nach Solf eigener Ansicht in der Zwangslage, entweder ledig bleiben oder eine Eingeborene heiraten zu müssen. Wird ihnen das Heiraten verboten, so bleibt ihnen nur das Konkubinat übrig und wo auch das ihnen unmöglich gemacht wird, wie Dornburg, Schulmann und Lindenquiß das in Südwestafrika dadurch bewirkt haben, daß sie den Weissen, die im Konkubinat mit eingeborenen Frauen leben, die staatsbürgerlichen Rechte entziehen, was ist da die Folge?

Da kein Folgebewerb der Naturtrieb austreten kann, tritt an die Stelle der staatlich kontrollierten oder der nicht kontrollierten Ehe der regellose Geschlechtsverkehr zwischen Weissen und Samoanerinnen mit der Wirkung, die weissen Männer, besonders aber die unglücklichen Samoanerinnen zu demoralisieren, indem sie auf solche Weise durch die antiken Prostitutionen in die Kultur in den entwürdigenden Zustand der Prostitution hinabgezogen werden.

Als diese bereits in Südwestafrika begangene Schandthat an das Tageslicht kam, hat die Sozialdemokratie im Reichstag energisch dagegen protestiert, während die ihre Christen und ihre Wohlstandstheorien doch den bürgerlichen Parteien insgeheim sie stillschweigend billigten. Herr Dornburg, der seiner Bürgergarde sicher war, hörte die sozialdemokratischen Vorhaltungen mit heiligen Grinsen gleichmütig an, und Herr v. Schulmann, dem vorgehalten wurde, daß er höher als christlich-konservativ preussischer Abgeordneter ganze Kübel stinkender Entwürfung über das schandbare wüthliche Treiben in der Friedrichstraße ausgegossen hatte, ließ es gleichfalls schweigend über sich ergehen, daß er als sozial-liberaler Mittelmann für Ausbreitung der Prostitution in Südwestafrika empor wurde.

In Samoa ist diese ehefeindliche und prostitutionsfördernde Politik deshalb noch besonders verwerflich, weil die Samoaner ein in körperlicher und geistiger Entwicklung weit höher stehendes Volk sind als Konstantin und Vannoneger. Die Deutschen haben z. B. von der Einführung der Polzei in Samoa Abstand nehmen müssen, weil die Samoaner sich das nicht gefallen lassen wollten. Die deutsche Verwaltung mußte eine Ehre darin suchen, diesen entwicklungsfähigen Volkstamm auf ein höheres Niveau zu heben. Statt dessen muß die Durchführung des Sollens das die Demoralisierung und dauernde Verleumdung der Samoaner und der deutschen Einwanderer zur Folge haben.

Die Sozialdemokratie wird jedenfalls im Reichstag Herrn Solf zur Verantwortung ziehen und die bürgerlichen Parteien abremeln auf die Probe stellen, was es mit ihrem Schreie von der Verbreitung christlicher Kultur auf sich hat.

Ein Siegstag der Schweizer Arbeiter.

z. Zürich, 5. Februar.

Das Kranken- und Unfallversicherungs-gesetz wurde in der gestrigen Volksabstimmung mit 285 000 gegen 248 000, also mit einer Mehrheit von 46 924 Stimmen angenommen, und ausrückliche Siegestreude erfüllte die Arbeiterklasse allerorten, die in langer und unermüdlicher Arbeit den Sieg vorbereitet hatte. Dabei gilt die Freude und Genugthuung nicht allein dem Geiz, daß ja nichts weniger als ein Ideal und in der Zukunft sehr verbesserungsbedürftig ist, sondern ebenso die der Überwindung der sozialpolitischen Erde und Unfruchtbarkeit, die es verurteilt, daß seit 1877, in welchem Jahre das Fabrikgesetz in der Volksabstimmung Annahme fand, kein nennenswerter sozialer Fortschritt mehr im Lande gemacht werden konnte.

Die Freude gilt auch der Niederwerfung der frechen und korumpierenden Kapitalmacht, die keine Mittel verschmähte, das Versicherungsgebiet in der Volksabstimmung zu Fall zu bringen. Advokaten waren mit 200 Frank für jedes Verammlungsreferat gegen das Versicherungsgebiet gekauft worden und es schwärmten über im ganzen Lande eine große Schaar meist unbekannter Größen herum, wie die weiblichen Prostituierten in den Straßen der Großstadt. Dem Ansehen des Advokatenstandes hat diese schamlose Prostitution auf lange Zeit hinaus großen Schaden zugefügt. Es wurde auch